Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweden

Totalmobilmachung der «Hemvärnet»

Schweden hat seinen Nachholbedarf bezüglich nationaler Sicherheit erkannt. Bereits vor einigen Wochen wurde im Königreich allen Haushalten eine Broschüre mit dem Titel «Wenn Krisen oder Kriege kommen» zugestellt. Nun wurde die Schwedische Nationalgarde zum ersten Mal seit 1975 als Ganzes aufgeboten. Die nicht angekündigte Mobilmachungsübung kam für alle Reservisten entsprechend überraschend. «Die Idee hinter dieser Übung ist, dass wir dabei sind, unsere militärische Verteidigung des Landes zu stärken», sagte Schwedens Oberbefehlshaber General Micael Bydén dem schwedischen Staatssender SVT. Denn «es gehört zu meiner Pflicht, dafür zu sorgen, dass wir unsere operativen Fähigkeiten stärken», so Bydén. Laut einer Pressemitteilung wurde die gesamte Hemvärnet, eine etwa 22000 Soldaten starke Einheit, bestehend aus 40 Reserve-Bataillonen, am Dienstag dem 5. Juni 2018 aufgeboten, was bedeutet, dass diese während des schwedischen Nationalfeiertags am 6. Juni auf Flughäfen, in Häfen und auf der Strasse patrouillierten. Die Übung ist Teil der Bemühungen Schwedens, seine Strategie der totalen Verteidigung während des Kalten Kriegs als Reaktion auf ein als zunehmend kriegerisch wahrgenommenes Russland von heute wieder aufzubauen. Im Falle einer Invasion ist die Nationalgarde dafür verantwortlich, die kritische Infrastruktur und die Behörden des schwedischen Staates zu schützen. Damit wäre die Berufsarmee frei für alle Fronteinsätze. «Das ist eine äusserst wichtige Übung», sagte Bydén. «Die Nationalgarde macht beinahe die Hälfte unserer Kriegsaufstellung aus. Sie hat äusserst wichtige Aufgaben im ganzen Land, die sie immer kurzfristig erfüllen muss – als Oberbefehlshaber brauche ich da natürlich die Bestätigung, dass dies alles funktioniert.»

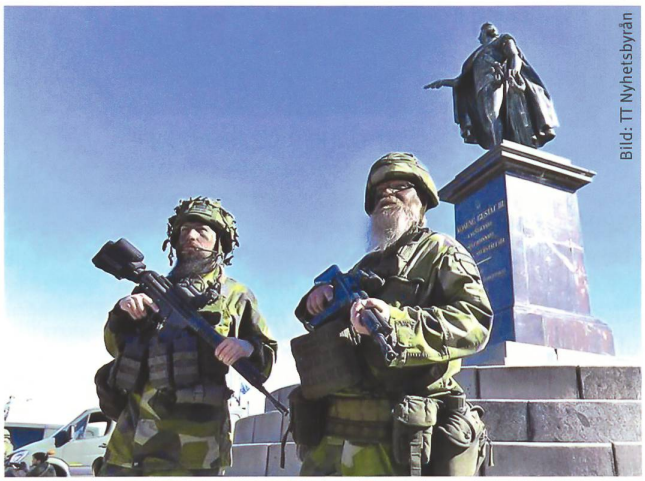
Bild: TT Nyhetsbyrån

Markieren Präsenz: Reservisten am Nationalfeiertag.

Die Übung war für die in der Nationalgarde eingeteilten Soldaten freiwillig. Die Armeeführung erhoffte sich aber, dass etwa die Hälfte einrücken würde. 40% des Personals leistete denn auch dem Aufgebot folge. Für General Bydén der Beweis für die «extreme Loyalität der Soldaten, welche exakt wissen, dass ihr Einsatz die grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der übrigen Teilstreitkräfte ist.»

Israel

Neue Uniformen

Die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) beschaffen neue Uniformen. Der Entscheid für das neue Modell wird für August 2018 erwartet. Eines ist sicher, die schlichten olivfarbenen Hemden mit den dazugehörigen einfach geschnittenen Hosen gehören der Vergangenheit an. Die IDF will unter anderem mit Velcro/Klettverschlüssen die Truppengattungen, Namen und Ausbildungsstand seiner Soldaten erkennbar machen. Das alles gab es bisher nicht. Auch punkto Funktionalität und Material erinnern die aktuellen Uniformteile eher an die frühen 70er Jahre, als dass man damit eine der schlagkräftigsten Armeen der Welt assoziiert. Ein IDF-Pressesprecher erklärte deshalb Mitte Juni, dass «mit der Erprobung von neuer Ausrüstung im Camouflage-Stil, ähnlich den Mustern der US-Streitkräfte und NATO-Armeen begonnen wurde. Für den Test werden 330 Soldaten aus allen Bereichen der IDF mit zwei Garnituren bedient, so könne man sehen, wie diese sich in realen Einsätzen behaupten.» Der Truppenversuch wird etwa einen Monat dauern. «Die Entscheidung hinter dem Pilotprogramm kam aus dem Wunsch heraus, die Einsatzfähigkeit, den Komfort, die Sichtbarkeit und das Aussehen der IDF-Soldaten und Kommandeure sowohl im aktiven Dienst als auch in der Reserve zu verbessern», so eine Pressemitteilung der IDF. Im Allgemeinen kennt das israelische Militär zwei Gruppen von Uniformen – Dienstbekleidung und Kampfanzug. Die neuen Uniformen bestehen aus einem Spezialgewebe, das Wasser ableitet und atmungsaktiv ist. «Der Stoff ist bequem, luftig, leicht und langlebig, mit besonderen Eigenschaften, die es unter anderem ermöglichen, an Orten zu arbeiten, die antistatisch sein müssen», sagt die Armee. Zuerst werden alle der knapp 180000 aktiven Soldaten zwei Sätze der neuen Uniform erhalten. Bereits zu Beginn dieses Jahres erhielten die Soldaten der Spezialeinheiten neue Kampfbekleidung, welche sich aber – da mehr Schutzprotektoren eingearbeitet wurden – äusserlich stark von den nun im Truppenversuch befindenden Uniformen unterscheidet.

Neue Uniformen im Truppenversuch. Bild: IDF

Mali

Rückzug der Holländer

Sie gilt als die gefährlichste UNO-Friedensmission. Die so genannte «Mission Multidimensionnelle Intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation au Mali» (MINUSMA) geht in ihr sechstes Jahr. Ein kurzer Blick zurück zeigt, dass sich die Situation im Sahel-Land wenig verbessert hat. Die MINUSMA mit ihren etwas über 12000 Soldaten, knapp 1700 Polizisten und ihren 1200 Zivilbeamten versucht zwar ihr Bestes. Dennoch verloren in den letzten fünf Jahren 99 Soldaten das Leben und weitere 358 wurden bei Kampfhandlungen schwer verletzt (Stand März, 2018). Von den 59 mitwirkenden Nationen ziehen nun die Niederlanden ihre Konsequenzen. «Wir werden unseren derzeitigen Beitrag zur UN-Mission bis zum 1. Mai 2019 einstellen», berichtete das holländische Verteidigungsministerium. Im Camp Castor in der Nähe der Stadt Gao im Osten Malis sind aktuell noch 250 niederländische Soldaten stationiert (zwecks «long-range»-Aufklärung, Nachrichtenauswertung und Ausbildung der lokalen Polizeikräfte). Ein Teil dieses Kontingents wird zukünftig seinen Dienst in Afghanistan leisten. Begründet wird der Abzug damit, dass es «kaum gelungen sei, Einheiten für den Einsatz in Mali vorzubereiten» und dass die Friedenstruppen «nicht genügend Material, unzureichende Ausbildung und mangelhafte Ausrüstung» erhielten. Kanada entsandte derweil bereits ein Vorausdetachement, um die logistischen und administrativen Belange seines neuen 250 Mann starken Kontingents in Mali vorzubereiten. Die Lücke der Holländer scheint auf den ersten Blick zumindest schnell geschlossen, denn mit zwei Chinook Transport- und vierbewaffneten Bell Griffon Multirole Helikoptern schaffen die Kanadier in etwa Realersatz für die Niederlande. Nur, letztere zogen ihre Luftmittel bereits 2017 zurück. In einem Bericht an seinen Sicherheitsrat sagte nun UNO-Generalsekretär Antonio Guterres deshalb, er wolle erkunden, wie die Mission ihre politische Rolle bei der Unterstützung eines Friedensprozesses zwischen der Regierung und Tuareg-Rebellen erweitern könnte. Denn eine in diesem Jahr durchgeführte Überprüfung der Mission ergab, dass das Friedensabkommen von 2015 «nicht genügend sinnvolle Fortschritte vor Ort gebracht hat». Guterres machte klar, dass die internationale Truppe vor einem Dilemma «zwischen der Notwendigkeit, die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu reformieren und wieder aufzubauen und gleichzeitig die bestehenden Kräfte bei der Bewältigung der gegenwärtigen Instabilität zu unterstützen» stehe. Obwohl um die Hauptstadt Bamako grösstenteils Ruhe eingekehrt ist, bleibt die Sicherheitslage im Zentrum und im Norden des Landes weitgehend kritisch. Insbesondere die Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime) hält ihre Kampfhandlungen gegen die UNO-Truppen, lokale Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung aufrecht. Der Bericht schliesst denn auch mit dem Verweis auf die aktuelle Sicherheitslage und nennt diese «äusserst besorgniserregend».

Holländische UNO-Sonderoperationskräfte in Mali. Bild: defensie.nl

Nigeria

Prekäre Lage im Nordosten

Der seit neun Jahren im Nordosten Nigerias tobende Konflikt könnte eine der schwersten humanitären Krisen dieses Jahres weltweit auslösen. Mittlerweile sind 7,7 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen. Der Bürgerkrieg trifft grösstenteils die Zivilbevölkerung. Boko Haram hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Glaubenskrieg mittels verbrannter Erde zu führen. Deshalb sind allein in den drei Hotspot-Provinzen Borno, Adawama und Yobe mehr als 15% der Bevölkerung auf der Flucht. Davon befinden sich etwa eine Million Personen in Gebieten, welche für Hilfe unzugänglich sind. Sicherheit, anhaltende Feindseligkeiten, Regenzeit und Bürokratie erschweren jegliche Notprogramme. Anfangs Mai waren zudem mehr als 215000 Flüchtlinge in den umliegenden Ländern Kamerun, Niger und Tschad registriert. Die effektive Zahl dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Zwangsrückführungen aus Kamerun finden unter menschenunwürdigen Verhältnissen statt, so Experten des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Allein in den letzten sechs Monaten kam es im Nordosten infolge militärischer Offensivaktionen zwecks Rückeroberung von Rebellen besetzten Gebieten zu 100000

Selbstmordanschlag: Alltag mit Boko Haram. Bild: times.ng

neuen Vertriebenen. Die Nigerianischen Streitkräfte verstärken aktuell ihren Einsatz gegen Boko Haram in besagtem Gebiet, was zu noch grösseren humanitären Herausforderungen führt. Es gibt keine konkreten politischen Pläne wie das regionale Problem in naher Zukunft von den betroffenen Ländern gemeinsam angegangen werden kann. Diese Perspektivlosigkeit führt zu nunmehr chronischen Entwicklungsherausforderungen, welche auf absehbare Zeit nicht gelöst werden können. Dennoch positiv zu bewerten ist, dass abseits der Hotspots in den letzten drei Jahren über 1,4 Millionen Menschen in ihre Heimatorte zurückkehren konnten. Denn dort wo staatliche Organisationen für Sicherheit und Stabilität sorgen können, wird auch die Infrastruktur durch lokale Behörden und internationale Organisationen wiederaufgebaut. Wenigstens dies ist ein kleiner Lichtblick im bevölkerungsreichsten Land Afrikas.

USA

US-Soldaten in Deutschland. Bild: Reuters

Truppenabzug aus Deutschland?

Das US-Verteidigungsministerium hat einen Medienbericht zurückgewiesen, in dem über Überlegungen zu einem US-Truppenabzug aus Deutschland spekuliert wird. Der Nationale Sicherheitsrat habe vom Verteidigungsministerium keine Analyse der Kosten einer Verlegung von in Deutschland stationierten US-Truppen erbeten, sagte ein Pentagon-Sprecher der Deutschen Presse-Agentur dpa am Freitag, dem 29. Juni 2018.

Die «Washington Post» hatte unter Berufung auf nicht namentlich genannte Quellen berichtet, das Pentagon prüfe die Kosten und Auswirkungen eines gross angelegten Rückzugs oder einer Verlegung von in Deutschland stationierten Truppen. Präsident Donald Trump habe sich bei einem Gespräch von Vertretern des Weissen Hauses mit Militärs dafür interessiert, hiess es.

Trump habe sich erstaunt über die Truppenstärke in Deutschland gezeigt und beschwert, dass andere NATO-Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, schreibt die «Post». Derzeit sind etwa 35000 US-Militärangehörige in Deutschland. Die von der «Post» befragten Regierungsmitarbeiter betonten, bei den Überlegungen handle es sich nur um eine interne Prüfung der Möglichkeiten. Die Spitze des Pentagons sei derzeit nicht mit der Frage befasst.

Das Pentagon überprüfe regelmässig die Positionierung der Streitkräfte und stelle Kosten-Nutzen-Rechnungen an, sagte ein Sprecher der dpa. Dies sei nicht neu. «Deutschland beherbergt die grösste US-Truppenpräsenz in Europa – wir bleiben in den gemeinsamen Werten und den starken Beziehungen zwischen unseren Ländern tief verwurzelt», sagte er. Die USA stünden weiterhin voll zu dem NATO-Verbündeten Deutschland und zum Verteidigungsbündnis.

Zwischen den USA und den anderen Bündnispartnern bestehen seit Monaten Spannungen bei der Höhe der Verteidigungsausgaben in der NATO. Trump hatte besonders die Bundesregierung deshalb wiederholt per Twitter scharf kritisiert.

USA

Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz für Drohnen: Google beendet Kooperation mit US-Militär.

Nach monatelangen Protesten von Mitarbeitern will sich der Technologiekonzern Google Medienberichten zufolge aus der Zusammenarbeit mit dem US-Verteidigungsministerium im Bereich künstliche Intelligenz zurückziehen. Ein Verantwortlicher des US-Unternehmens habe gegenüber den Mitarbeitern erklärt, Google werde ein Projekt für den Einsatz künstlicher Intelligenz bei Drohnen des US-Militärs nicht verlängern, berichteten die «New York Times» und die Technologie-Webseite «Gizmodo» unter Berufung auf interne Kreise.

Google werde den Vertrag mit dem US-Verteidigungsministerium für das sogenannte «Project Maven» demnach nicht verlängern. Der Vertrag im Wert von weniger als zehn Millionen Dollar läuft den Berichten zufolge im kommenden Jahr aus. Das ist ein kleiner Bruchteil der Milliardensummen, die Google insgesamt umsetzt.

Bei dem Projekt kommen laut US-Medien intelligente Algorithmen bei der Erkennung und Unterscheidung von Menschen in Drohnenvideos für das Pentagon zum Einsatz.

Zahlreiche Mitarbeiter von Google hatten den US-Technologiekonzern in einer seit Februar intern verbreiteten Petition aufgerufen, sich vom «Geschäft mit dem Krieg» fernzuhalten. Google müsse klar erklären, dass weder der Internetriese noch seine Subunternehmen «jemals Kriegstechnologie herstellen». Bis Mitte Mai unterzeichneten Berichten zufolge rund 4000 Angestellte die Petition.

USA

Space Force als Teilstreitkraft

US-Präsident Donald Trump hat die absolute Dominanz der USA im Weltraum als wichtiges Ziel der US-Politik in nächster Zukunft ausgegeben. Dazu solle auch eine neue, sechste Teilstreitkraft aufgestellt werden, kündigte er an. Er wies das Verteidigungsministerium und den Stabschef der US-Streitkräfte, General Joseph Dunford, an, eine «Space Force» aufzustellen. Zudem kündigte er US-Missionen zum Mond und Mars an, im Wettbewerb der staatlichen NASA mit privaten Weltraumfirmen.

«Wenn es um die Verteidigung Amerikas geht, ist es nicht genug, eine Präsenz im All zu haben. Wir brauchen die amerikanische Dominanz im All», erklärte Trump. Luftwaffe und Space Force sollten eigenständige Teilstreitkräfte des US-Militärs sein, «separat, aber gleichberechtigt».

Die Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs schienen von Trumps

Anweisung überrascht. Eine neue Teilstreitkraft mit eigenem Befehlszentrum aufzustellen, ist eigentlich Aufgabenbereich des Kongresses. Pentagon-Sprecherin Dana White sagte, das Ministerium habe Trumps Anleitung verstanden und arbeite daran, sie umzusetzen. «Mit dem Kongress arbeitend, wird das ein bedachtsamer Prozess mit sehr viel Input verschiedener Beteiligter», sagte sie.

Das Pentagon arbeitet bereits seit März an einer vom Kongress in Auftrag gegebenen Überprüfung der Space-Force-Frage. Im August ist ein Zwischenbericht geplant und am 31. Dezember steht der finale Bericht an. Bislang gibt es vom Pentagon keine Kostenabschätzung für das Projekt. Verteidigungsminister James Mattis hat sich in der Frage bisher unter anderem mit Verweis auf die Kosten zurückhaltend gezeigt.

Seit dem Beginn des Weltraumzeitalters mit den sowjetischen «Sputnik»-Satelliten in den 1950er Jahren gibt es Bestrebungen, einerseits den Weltraum als Raum des Friedens zu erhalten, anderseits ihn militärisch zu nutzen. Der frühere US-Präsident Dwight Eisenhower startete zwei Weltraumprogramme: ein ziviles und eines zur militärischen Aufklärung. Die Sowjetunion und danach Russland haben «Luft- und Weltraumstreitkräfte».

Trump kündigte ausserdem an, die USA würden bald auf den Mond zurückkehren und auch den Mars erreichen. In seiner Rede machte er den Weltraum zu einem Thema der nationalen Sicherheit und sagte, er wolle nicht, dass «China und Russland und andere Länder» den USA voraus seien. Es liege im «Wesen des amerikanischen Charakters», neue Horizonte zu erkunden und neue Grenzen zu bezwingen. «Meine Regierung holt sich Amerikas Erbe als grösste Raumfahrtnation zurück.»

China

Auf Augenhöhe mit den USA

In zehn Jahren könnte China die USA als weltgrösste Wirtschaftsmacht abgelöst haben – militärisch rüstet das Land ebenfalls auf. Im Südchinesischen Meer gibt es schon heute Spannungen zwischen den Grossmächten.

Chinas Staats- und Parteiführung geht sehr selbstbewusst um mit ihrem Streben nach Aufrüstung und der Entwicklung neuer Militärgüter. Die staatlichen Medien berichten seit Jahren regelmässig von neuen Erfolgen in der Rüstungsforschung: über neue Überschall-Kanonen, Tarnkappen-Jets und Spezialtorpedos zum Beispiel.

China betont immer wieder, in die eigene Verteidigung zu investieren. Doch der Blick beispielsweise ins Südchinesische Meer zeigt, dass auch der Begriff der Verteidigung relativiert werden kann.

Das riesige Südchinesische Meer mit seinen vielen kleinen Inseln und Riffen dehnt sich rund 1500 Kilometer weit nach Süden aus. Anrainerstaaten sind neben China auch Vietnam, Malaysia, Brunei, Indonesien, Taiwan und die Philippinen. Allesamt erheben teils konkurrierende Ansprüche auf einzelne Inseln.

Chinesische Aufschüttung «Mischief Reef» im Jahr 2018; noch im 2016 war es unter Wasser bei Flut. Bild: Digital Globe

Doch China beansprucht fast das komplette Meeresgebiet für sich, inklusive aller Inseln und Riffe. Die Staats- und Parteiführung in Peking verweist auf Jahrhunderte alte Landkarten. Im Rekordtempo schüttete sie in den vergangenen Jahren weitere künstliche Inseln in dem fraglichen Gebiet auf, baute militärische Anlagen und stationierte schwere Waffen. China rüstet die künstlich aufgeschütteten Inseln auf mit Raketen zur Bekämpfung von Schiffen, mit Flugabwehrraketen und neuerdings landeten auch Bomber auf einzelnen Inseln.

Aus Sicht der US-Regierung verletzt China damit internationales Seerecht, denn weite Teile des Südchinesischen Meeres gehörten völkerrechtlich eben nicht zu China, so das Argument der Amerikaner. Japan, Australien und andere Staaten in der Region sehen das genauso.

Im Südchinesischen Meer wird deutlich: Wirtschaftlich auf Augenhöhe mit den USA zu sein, genügt China nicht mehr. Zumindest im Asien-Pazifik-Raum will das Land auch militärisch ernst genommen werden. Es hat Marine, Luftwaffe und Armee deswegen in den vergangenen Jahren nicht einfach nur aufgerüstet, sondern auch organisatorisch und technologisch modernisiert.

Nach aussen stellt sich Chinas Staats- und Parteiführung als längst noch nicht ebenbürtig mit den USA dar. Im Gegenteil: Amerika sei es doch, das den Asien- und Pazifikraum seit Jahrzehnten beherrsche. «Die Präsenz des US-Militärs im Südchinesischen Meer übersteigt bei weitem die militärische Stärke Chinas und anderer Anrainerstaaten,» betont Aussenamtssprecherin Hua Chunying.

«Amerikanische Kriegsschiffe verlassen regelmässig und absichtlich die internationalen Schifffahrtsrouten und befahren immer mal wieder Gewässer, in denen chinesische Inseln und Riffe liegen. Das wird beschönigt mit dem Hinweis, es gehe um die Freiheit der internationalen Seefahrt. Doch geht es den USA wirklich darum? Oder geht es um die Freiheit, als Hegemon tun und lassen zu können, was man möchte?»

Dass sich China und die USA im Streit ums Südchinesische Meer annähern, ist nicht absehbar. Im Gegenteil. Erst vor wenigen Tagen flog die US-Luftwaffe demonstrativ mit zwei B52-Langstreckenbombern über das von China beanspruchte Meeresgebiet – nach den Worten der Amerikaner ein Routineeinsatz, aus Sicht des chinesischen Aussenministeriums eine ungeheure Provokation. Im Juli haben die USA geplant, Marines nach Taiwan zu entsenden.

Pascal Kohler, Henrique Schneider